

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Männer und diesen verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinmaler, Gipser (Metzger) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal M. 1. ohne Bestellgebot, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreieckspalte Preise oder deren Raum 15 P. — Poststempel Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Die unzufriedene Armut, Belohnter Patriotismus. — Wirtschaftlich-sociale Rundschau: Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Maurerbewegung in Dänemark. Aus Amerika. — Situationssberichte. — Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Eingesandt. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten.

Wir wissen, daß zu allen Zeiten irrede Philosophen und fromme Schwärmer der Armut und Bedürfnisslosigkeit Lob gespendet haben. Schon der alte Cicero meinte ja bekanntlich: „Nichts bedürfen ist göttlich, wenig bedürfen kommt der Gottheit am nächsten.“ — Besonders die „Mutter Kirche“ hat ja bis in die neuere Zeit hinein einen förmlichen Kultus der Armut gepflegt und all ihren Einfluß und ihre Macht daran gesetzt, die sogenannte „Untugend der Begehrlichkeit“ auszurotten. Aber unsere nationalökonomisch gebildete Zeit hat dafür nur ein mitleidiges Lächeln und die schörne Kanzelrede über das Thema vom Vorzug der Armut im „besseren Jenseits“ verfangt nicht mehr. Die Poësie der Armut mit ihrer Verherrlichung der Ergebung und unbedingten Zufriedenheit ist gerichtet von der Vernunft. An die Stelle der dulbenden Armut ist die für die Rechte der Arbeit kämpfende getreten.

Wie ist es doch so unerhört lächerlich, von bodenloser Untemüh mit den Geschenken der gesellschaftlichen Entwicklung zeugend, wenn dieselben, welche sich berufen glauben, die Geschichte des Volkes zu bestimmen, erklären: „Die Volksmassen kennen im Genuss gar kein Maß und Ziel mehr; die Tugend der Bedürfnisslosigkeit ist ihnen abhanden gekommen, wenig arbeiten, viel verdienen, gut leben ist ihr Ziel.“ — Die guten Leutchen, die so sprechen, scheinen gar keine Ahnung davon zu haben, daß das Bestreben der arbeitenden Klassen, ihr Arbeitseinkommen zu erhöhen und ihre Lage zu verbessern, mit entwicklungsgeschichtlicher Nothwendigkeit vor sich geht. Was in diesem Bestreben sich offenbart, das ist nicht kleinlicher Neid gegenüber den Besserstürtzern, nicht der Drang, die „glänzend-üppige Lebensführung“ der Begüterten nachzuhahnen, nicht die Sucht nach „großem Reichthum“ als der „Begriff aller Glückseligkeit“ — nein, das ist das erwachte und immer mehr sich läutende Bewußtsein des wahren Menschen, das hinaustrebt aus dem geistigen und materiellen Zwang, mittelst welchen das Sonderinteresse der Armut geschaffen hat und aufrecht erhält — der Geist der rechten Humanität, welcher Menschenglück und -wohlfahrt, soweit sie von materiellen Mitteln und ihrem vernünftigem Gebrauch abhängig, gründen will auf die praktische Bewährung des Rechtes der Armut.

Der soziale Kampf, der unter unseren Augen sich abspielt und in der sogenannten „Begehrlichkeit“ der arbeitenden Klassen einen Ausdruck findet, er bedeutet mehr als das, was seine Gegner hineulegen möchten, — mehr als einen „Sturmzug“ der arbeitenden Klassen, einen größeren Anteil auch an den materiellen Freuden des Daseins zu erringen.“ Die glänzende, üppige Lebenshaltung, der man in vielen begüterten Häusern begegnet, trage dazu bei, daß „auch im schlichtesten Bürger- und Arbeiterstand die einfachen Sitten früherer Zeiten, die Genügsamkeit unserer Vorfahren immer mehr in Vergessenheit gerathen.“ Überall werde die Klage lauten, daß der Arbeiter „vielfach über seinen Stand hinauslebe.“ Die Mehrzahl der Menschen betrachte heute großen Reichthum als den Begriff aller Glückseligkeit, und weswegen das Lob der Armut preise, der lause Gefahr, „als ein Heuchler oder Sonderling, mindestens aber für einen beschränkten Kopf gehalten zu werden.“

Bekanntmachung.

Der erste Verbandstag des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen findet am 15. August d. J. in Cassel im Lokale „Von der Post“, Münchebergerstraße Nr. 21, statt.

Die Verhandlungen, welche 3 bis 4 Tage in Anspruch nehmen dürfen, erstrecken sich auf folgende Punkte:

1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses über das verflossene Geschäftsjahr.
2. Bericht über die Verhandlungen des Gewerkschaftscongreses und Steuernahme zu denselben.)
3. Vortrag über Zweck und Ziele und Einrichtungen des Verbandes.
4. Statutenberatung.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Statutenänderung bis zum 20. Juni bei dem Vorstande einzureichen sind. Dieselben müssen von dem Bevollmächtigten und zwei Mitgliedern der Verwaltung unterschrieben sein.

Vorstand und Ausschuss des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

*) Durch ein unschönes Versehen in der Druckerei ist in der vorigen Nummer der Satz: „und Stellungnahme zu denselben“ dem 4. Punkt der Tagesordnung angehängt worden.

Die Redaktion.

Zur Agitation.

Den Kollegen in der Provinz Posen, Ost- und Westpreußen wird hiermit bekannt gegeben, daß Kollege Ecke in der zweiten Woche nach Pfingsten eine Agitationsreise für diese Gegend unternehmen wird.

Die Orte, in welchen Maurer- resp. Bauhandwerker-Versammlungen abzuhalten geplant sind folgende:

Guben, Posen, Kalowiz, Jaworaw, Thorn, Bromberg, Rastet, Allenstein, Justenburg, Gumbinnen, Tilsit, Memel, Königsberg, Elbing, Marienburg und Danzig.

Die Kollegen in diesen Orten, an welche Kollege Ecke in sich zwecks Einberufung der Versammlungen wenden wird, werden dringend ersucht, die Versammlungen zu der vom Referenten angegebenen Zeit anzumelden und für genügende Bekanntmachung unter den Kollegen zu sorgen. Mögen die Kollegen bedenken, daß eine solche Reise erhebliche Kosten verursacht und diese Kosten für den Ort unzulässig ausgegeben werden, wo keine Versammlung statt-

findet. Sei daher jeder Kollege, der Nachricht bekommt, eine Versammlung einzuberufen, bestrebt, der Maurerbewegung einen guten Dienst zu erweisen und nicht durch Nachlässigkeit dieselben zu schädigen.

M. Dammann.

Die unzufriedene Armut.

Ein frommes Kapitalistenorgan stimmt ein gewaltig Klageklid darüber an, daß in unseren Tagen keine Volkslieder mehr entstehen, in denen die „Glückseligkeit der Armut“, der „trauliche Herd in dürtiger Hölle“ gewünscht werden.

Mit gewaltigem Sturmlauf suchen die ärmeren Klassen „einen größeren Anteil auch an den materiellen Freuden des Daseins zu erringen.“ Die glänzende, üppige Lebenshaltung, der man in vielen begüterten Häusern begegnet, trage dazu bei, daß „auch im schlichtesten Bürger- und Arbeiterstand die einfachen Sitten früherer Zeiten, die Genügsamkeit unserer Vorfahren immer mehr in Vergessenheit gerathen.“ Überall werde die Klage lauten, daß der Arbeiter „vielfach über seinen Stand hinauslebe.“ Die Mehrzahl der Menschen betrachte heute großen Reichthum als den Begriff aller Glückseligkeit, und weswegen das Lob der Armut preise, der lause Gefahr, „als ein Heuchler oder Sonderling, mindestens aber für einen beschränkten Kopf gehalten zu werden.“

nur als Heuchler oder als beschränkter Kopf erachtet werden. Alle diese sonderbaren Heiligen lassen sich von der entweder bewussten oder instinktiv sich ihnen aufdrängenden Erwägung leiten, daß für die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation die Armut, günstigstenfalls die Sicherung eines Existenz-Minimums für die Armut die unerlässliche Bedingung sei. Aber diese Gesellschaftsorganisation bedeutet nicht die höchste und lechte, nicht den Abschluß der Entwicklung; aus ihr muß eine bessere sich ergeben.

Was heißt es doch? "Der Arbeiter lebt über seinen Stand?" Er verzehrt doch nur das, was er sich rechtlich erarbeitet hat. Der Fortschritt der Kultur richtet sich nicht nach Standesbegriffen und Standesvorurtheilen; er überwindet sie. In der Aneignung von mehr und besseren Bedürfnissen muß dieser Fortschritt zunächst sich offenbaren. Wer dem Arbeiter vorwirft, daß er "über seinem Stand" lebe, der spricht ihm sein menschliches und staatsbürgisches Recht, eine höhere Stufe der Kultur zu gewinnen, ab; der will ihn gefesselt wissen an jenes Existenz-Minimum, was das herrschende Sonderinteresse ihm zu bewilligen lediglich deshalb geboten hält, weil das "Staatsinteresse" erfordere, daß der Arbeiter das "normale Maß körperlicher Tüchtigkeit" erlange. — d. h. daß er kräftig genug sei, das zu leisten, was der Kapitalismus von ihm fordert. Da erscheint der Arbeiter nur als Mittel für fremde Zwecke, seinem menschlichen Selbstzweck vollständig entrissen. Wundern muß man sich nur über die große Naivität, mit welcher man hier die "Geheimnisse" des Kapitalismus auf offenen Märkte preisgibt und den Arbeitern sagt: "Ihr seid dazu da, gesäumt zu werden, damit Ihr arbeiten könnet. Und wenn das geschieht, so habt Ihr hübsch zufrieden zu sein."

Uns kann's schon recht sein, wenn unsere Gegner so in der Bekämpfung des Indifferenzismus, der Arbeiter uns unterstützen.

Befohnter Patriotismus.

(Ein Blick in die Geheimnisse der Bauverwaltung des Königl. Preußischen Kriegsministeriums.)

Gegen Ende der sechziger Jahre begann in Berlin ein Bauunternehmer, Herr Carstenn, nach einem bestimmten Plan die Ausdehnung dieser Stadt gen Südwesten in Richtung auf Potsdam; er legte hierzu die Grundlage, indem er sich läufig in den Besitz der Rittergüter Lichtenfelde und Giesensdorfs setzte, um hier eine vornehme Villenstadt im Sinne der Entwicklung von Bonbons zu gründen. Beide waren damals kleine Dörfer. Die damalige Berlin-Anhaltische Privatbahn-Gesellschaft sicherte Herrn Carstenn für den Fall der Durchführung seiner Pläne die Anlage einer neuen Station zu. Auch der damalige Kriegsminister von Moon interessierte sich sehr für das Projekt. Wiederholte nahm er von den Anlagen und deren Entwicklung an Ort und Stelle persönlich Kenntnis. Gleichzeitig eines solchen Besuchs duherte er zu Herrn Carstenn: es erscheine wünschenswert, daß das Berliner Kadettenhaus, dessen Verlegung aus der inneren Stadt nach dem dem Fiskus gehörigen Blöck am Hippo-

Kunst und Volk.

Seit der Entstehung der Erde sind Millionen von Jahren vergangen und die Naturkräfte, die dieselben erschaffen, sowie die Gestirne des Himmels, ferner Donner und Blitz, Sommer und Winter, Wasser und Feuer, wurden von den unentwiedelten Menschen als liebende oder auch als zürnende Gottheiten angesehen und dementsprechend verehrt und ihnen auch Opfergaben erweicht. Hierdurch, sowie durch die Errichtung von Erd- oder Steinhügeln auf den Gräbern der verstorbenen Familienmitglieder, insbesondere der Häupter derselben, oder eines ganzen Stammes, entstand die erste künstlerische. Ferner wurden die selbsterbauten Wohnungen, Hütten oder Zelte, die selbstgefürsteten Geschäftshäuser, je nach dem Rahmen des Berufes, mit mehr oder weniger plastischen oder malerischen Schmuck versehen. Die Ausgrabungen in den Höhlenlauten, die Jäger in China und dem fernsten Weiten Amerikas zeigen an Waffen, Gerät und Kleidern, selbst die noch rohesten und unentwiedelsten Volkschäften, manngleich Schmuck auf, der von einem feinen Kunstgefühl und einer gewandten Phantasie zeugt. Insbesondere wurde den Waffen, moden sie nun von Stein, Bronze oder Eisen sein, ein besondere Sorgfalt gewidmet. Diensten sie doch nicht nur zur Jagd, sondern vor Allem auch zur Verteidigung; ja, das Schwert erhielt sogar, gleich den Hausthieren, den Hunden und Pferden, einen Namen, und sei nur an Siegfrieds Schwert "Balmung", sowie an Roland's Degen "Durandarte" erinnert. Diese Waffen waren den Helden einer wilden Kompanie fast lebende Wesen und Kunst.

drom bei Charlottenburg damals schon geplant war besser noch Lichtenfelde verlegt werde, da dieses unstrittig eine bessere Luft habe und sich mit der Zeit auch nach seiner Überzeugung gewiß zu einer vornehmen Villenstadt entwickeln werde.

Da Herr Carstenn die Verlegung dieser Anstalt nach Lichtenfelde als ein wesentliches Förderungsmittel für die Entwicklung seiner Villenkolonie ansah, so erklärte er sich dem Kriegsminister gegenüber bereit, das hierzu erforderliche Terrain dem preußischen Militärfiskus schenkungswise zu überlassen. Der Minister akzeptierte dieses Anerbieten sofort und erstattete dem königlichen Oberhofgericht, worauf ein Besuch des Königs bei Herrn Carstenn erfolgte. Das Resultat dieses Besuches war, daß Letzterer im Auftrage des Königs sich mit dem damaligen Finanzminister Camphausen in Verbindung setzte.

Das war im Jahre 1889. Durch Kaiserliche Kabinettsordre aus Versailles vom 2. Februar 1871 wurde die Schenkung des Herrn Carstenn endgültig angenommen.

Ungefährlich und in Bezug auf denselben hat Herr Carstenn zu sich in Lichtenfelde Erfahrungen gemacht, die schon öfter den Reichstag und die Gerichte beschäftigt haben. Von Kaiser wurde er zwar 1873 in den Adelsstand erhoben, aber Vater Fiskus erwies für die Schenkung sich weniger dankbar. Der geadelete speculative Unternehmer sollte die Wahrheit des Wortes an sich erfahren, daß auch Bismarck einmal im Jahre 1850 geschrieben: "Die Bureaucratie ist streng, an Haupt und Gliedern." Herr von Carstenn schildert diese Krebsfreiheit in einem an die Mitglieder des Reichstages und des Preußischen Landtages gerichteten offenen Briefe, welcher soeben die Presse verlassen hat. Folgen wir dieser Schilderung; sie ist sehr lehrreich:

Herr Carstenn glaubte ursprünglich mit seiner Schenkung von fast 93 Morgen Land im damaligen Werthe schon von M. 1 001 460 zum Bau der Kadettenanstalt wodurch dem Fiskus überdies das Terrain des bisherigen Kadettenhauses von fast 10 Morgen Ausdehnung mit einem Mindestzuschuß von 6 Millionen Mark, und weiter das 32 Morgen große Terrain um Hippodrom im damaligen Werthe von 5 Millionen Mark zu anderen Zwecken frei geworden zu erhalten geblieben war, genug gethan zu haben; die Bauverwaltung des Königlichen Kriegsministeriums aber war anderer Ansicht, sie verlangte von ihm noch Schenkung an baarem Gelde im Betrage von M. 126 800 und weiter andere Schenkungsweise Leistungen im Werthe von M. 970 308, so daß seine unmittelbaren Schenkungen die Summe von M. 2 098 568 ausmachen. Aber weit mehr noch als dies hat ihm die Bauverwaltung des Königlichen Kriegsministeriums bei der Bauausführung der Kadettenanstalt, derartig gemahrgestellt, daß ihm ausser jener Schenkung eines Vermögens von über 2 Millionen Mark mittelbar Verluste von nachweislich über 7 Millionen Mark erwachsen sind, so daß seine Schenkung ihm rund 10 Millionen Mark gelöst hat; „sie schien“ — schreibt er — „mir strafen zu wollen dafür, daß ich durch meine Terrainentfernung ihre eigene Absicht, das Kadettenhaus an das Hippodrom zu verlegen, gewissermaßen durchkreuzt hatte, oder mir klar machen zu wollen, daß es in Preußen nicht auf die Wohlgeborenheit des Königs und Seines Ministers, sondern auf die der ausführenden Behörden ankomme, auf diejenige der nachgeordneten Beamten vom Departementschef bis herab

zum Buchschreiber und Thürsteher, die alle später ihre usurpierte Macht mich empfinden ließen.“

Die Bestimmungen des Schenkungsvertrages, welche der Militärfiskus festzuzeigen beliebt, sind geradezu ungemeinlich; sie gipfeln darin, daß Herr Carstenn neben der für den Fiskus völlig kostenlosen Fergabe des Terrains von fast 93 Morgen die Entwässerung des Terrains von allen atmosphärischen Niederschlägen und die Fortschaltung der Klärschlüsse, die Herstellung der für den Wasserbedarf der Anstalt erforderlichen Wasserleitung und der für die Erleuchtung der Anstalt mit Gas erforderlichen Gasleitungen, mit Ausnahme jedoch derjenigen in den Anstaltsgebäuden, selbst die Pfisterung der das Anstaltsterren umgebenden und der sonst noch befindens bezeichneten Straßen, die Sicherung eines Fußweges nach der im Teilstück See anzulegenden Bade- und Schwimm-Anstalt, sowie die Errichtung der Glaubwürdigkeit zur Anlage dieser Anstalt, die Anlage einer die Kadettenanstalt mit dem Lichtenfelde Bahnhofe der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn verbindenden Telegraphenleitung, die Zahlung eines harten Baukapitals von M. 45 000 für Lehrer- und Dienstwohnungen auf dem geschenkten Terrain, aber außerhalb der eigentlichen Anstalt, die Zuführung des Baumaterials an Holz, Kalt und Steinen, sowie des Dachdeckungsmaterials zu der zu erbauenden Anstalt, infolgedessen die zur Aufnahme von höchstens 850 Kadetten berechnet ist, vom Hofplatz an dem Anhalter Bahnhofe in Berlin, über von diesem Bahnhofe selbst bezw. von dem Bahnhofe Lichtenfelde der Berlin-Anhaltischen Bahn bis zur Baustelle auf seine alleinigen Kosten übernommen; daß er ferner die Verpflichtung der Anstalt mit Wasser und Gas zu den bei öffentlichen Anstalten und Fabriken üblichen billigsten Preisen, sowie die Einrichtung von Omnibusfahrten zwischen der Kadettenanstalt und den beiden Lichtenfelde Bahnhöfen zu allen auf diesen anhaltenden Gütern gegen ein Fahrgeld von 10 Pf. pro Person übernehme, und daß er endlich M. 51 800 als Fonds zahlen müsse, aus dessen Binsen die Kosten der Kadetten-Erziehung auf der Berlin-Anhaltischen Bahn und die Beförderung der Kadetten im Pagedienst, zum Reitunterricht, zum Besuch der Theater &c. innerhalb der Stadt Berlin bekräftigt werden sollen, sowie M. 30 000 zur Errichtung eines Ateliers für Witwen und Waisen von Anstaltsternern und Beamten. Des Weiteren wurde ihm durch diesen Vertrag zur Sicherung für die Erfüllung der von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten bis zur vollen Erfüllung dieser die Gestaltung einer Kavution von M. 800 000 und ferner zur Sicherung der von ihm dauernd übernommenen Verpflichtungen, als Erhaltung der Wasser- und Gasleitungen, sowie des Omnibusverkehrs die Gestaltung von M. 120 000 Kavution auferlegt.

Herr Carstenn ging, wie er erklärt, aus "Patriotismus" und in Rückicht auf seinen damaligen Vermögensstand auf diese schier unglaubliche Belastung zu Gunsten des Militärfiskus ein. "Ich nahm" — bemerkte er — "willig alle diese schweren Lasten auf mich und habe sie willig und gewissenhaft getragen — zu meinem finanziellen Nutzen, zum Nachteil einer schnellen Durchführung jener anderen großen Idee, der rationellen Entwicklung und Ausdehnung Berlins. Wie das Vor gehen der Behörden gegen mich unglaublich erscheint, so wohl auch meine eigene Opferbereitschaft, mein Patriotismus."

Freilich hat's eine eigene Bewandtniß mit solchem "Patriotismus". Herr v. Carstenn ist wenigstens ehrlich genug, offen zugeben, daß er bei der Schenkung den

gesuchten Phantasie ist wesentlich eine geistige Tätigkeit, es liegt ihr also immer ein geistiger Ausgangs- oder Zielpunkt einer Idee oder eines Gedankens zu Grunde. Das Kunstwerk wird um so vollkommener sein, je klarer diese Idee zur Darstellung gelangt, daher wird auch beispielweise der Gott des Krieges als kräftiger und bäriger Mann, die Göttin der Liebe als anmutiges Mädchen vom Mutter oder dem Bildhauer dargestellt werden.

Die Kunst ist vor Allem aus dem religiösen Empfinden entstanden und steht zum Theil auch jetzt noch mit der Kirche in engster Verbindung. Doch sang sie sich von ihr loszulösen, da die Verhältnisse, die Menschen mit ihren Anschauungen, eben andere geworden sind; man kann auch hier und mit vollem Rechte sagen: "Das Alter stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen." Die Kunst ist ebenso gut wie der Wissenschaft eine selbstständige Ausbildung des menschlichen Geistes, sie jedoch der Kultusk der derzeitigen Verhältnisse und zeitverwandten Ideen ist, und wir finden als Bestätigung, daß die Kunst überall da, wo sie zur Vollendung gelangt, die typischen Formen dogmatischen Glaubens verläßt, um sich dem reichen Menschen zu wenden. Die wunderbaren Göttergestalten aus dem Blütezeitalter des Griechenthums sind Göttermenschen, und die Figuren der romanischen Kunst zeigen am Ende der Epoche naturalistische Bestrebungen, welche von der darauffolgenden schematisierenden Gotik unterdrückt, zur Zeit der Renaissance jedoch wieder lebensähnlich hervorbrechen. So sehen wir, wenn wir die griechische Madonna, Maria, betrachten, das durch Schönheit und Würde zur Erhabenheit gestiegene Menschenthum symbol

"natürlichen und berechtigten Wunsch" gehabt habe, damit gleichzeitig seiner "im allgemeinen öffentlichen Interesse angelegten Willenslösung förderlich zu sein."

Die Art und Weise, wie die Bauverwaltung des Kriegsministeriums den Schenkungsvertrag ausführte, führte zur Schädigung Cartenn's bis zum Minus. Die Bauverwaltung gerierte sich bei der ganzen Bauausführung so, als ob überhaupt der Vertrag bestände, als ob Herr v. Cartenn einschließlich derjenige sei, der ja doch Alles bezahlen müsse.

Es würde zu weit führen, alle die tatsächlich begründeten Anschuldigungen, welche Herr v. Cartenn gegen die Bauverwaltung erhebt, eingehend mitzutheilen. Die Maßnahmen derselben waren derartig, daß die von Herrn v. Cartenn aufzuwendenden finanziellen Leistungen immer bei Weitem diejenigen Grenzen überschritten müssten, welche den dem Verträge zu Grunde liegenden Voraussetzungen hätten angenommen werden können. Durch völlig unpraktische Anordnungen, betreffend die Entwässerung des Terrains und Fortführung der Auswurfsloste, wurde Herrn v. Cartenn's Grund und Boden nach Gutachten von Sachverständigen um M. 1.360.000 entwertet und nebenbei dem Staatsfond eine Schädigung von M. 880.978 zugefügt.

Für die Innenanlagen der Anstalt wurde ein täglicher Wasserverbrauch von 450 Liter per Kopf vorgesehen!!! Herr v. Cartenn erbaute mit großem Kosten-

aufwande leistungsfähige Wassernetze. Nichtsdestoweniger, und obwohl die Bauverwaltung vertragsgemäß verpflichtet war, den ganzen Wasserbedarf aus den Cartenn'schen Werken zu beziehen, errichtete sie unter halbsoßen Vorwänden ihrerseits ein Wasserwerk. Ebenso war sie verpflichtet, das Gas zur Beleuchtung der Anstalt aus der von Herrn v. Cartenn errichteten Gasfabrik zu beziehen. Was hat aber die Bauverwaltung? Sie führte Petroleumbeleuchtung in großem Umfang ein!

So geht es fort. Bei der Ausführung fast jedes Kapitels des Schenkungsvertrages wurde Herr v. Cartenn empfindlich geschädigt, z. B. bei Errichtung der Badeanstalt und des zu derselben führenden Weges um M. 156.782. Gang nach Dellecken und ohne den Herrn v. Cartenn auch nur in Kenntnis zu sezen, erweiterte die Bauverwaltung den Bau. Nach dem ersten, dem Schenkungsvertrage zu Grunde gelegten Bauprojekt war die Bebauung einer Grundfläche von 17.800 Quadratmeter in Aussicht genommen; in Wirklichkeit sind dann aber **30.700** bebaut worden. Statt aus 850 Kadetten, wie vereinbart, wurde die Anstalt auf mindestens 1200 bemessen. Schädigung für den Geber M. 180.000. Dazu kommt, daß in Folge des erheblichen Größeraubbaus die ursprünglich auf höchstens 4 Jahre, bis zum Herbst 1875, berechnete Bauzeit sich bis Anfang August 1878, also um etwa 2½ Jahre länger hingezogen hat, und dadurch die von Herrn v. Cartenn hinterlegte Räumung von M. 300.000 ihm um eine gleich lange Zeitdauer für anderweitige Verfugung entzogen geblieben ist.

Über die leichtsinnige Bauausführung seitens der königlichen Bauverwaltung bemerkte Herr v. Cartenn: „Als die Anstalt begegnen werden sollte, mußten die Domestiken- und Handwerker-Wohnungen, welche überdies dem Vertrage zuwider in die Anstalt mit hinein gebaut worden waren, aus sanitären Gründen für unbewohnbar erklärt werden. Durch Abänderung der Fenster wurden sie erst nachträglich in noch ärztlich bewohnbaren Zustand gesetzt, entsprechend aber den Berliner Polizeivorschriften auch heute noch nicht.“

Wirkt. Die gegenwärtige Zeit, und somit auch die Kunst, ist dem Überflüchtlichen abhold und befindet sich in der Hödigung des Materialischen und ist daher auch auf dem richtigen Wege. Gilt es auch noch viele Schläden abzustreifen, so leben wir eben in der Periode der Gährung, und mit der Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse wird eine Blüthezeit der Kunst erscheinen, so schön und großartig, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Obgleich die Kunst so alt wie das Menschengeschlecht ist, und schon Assyrien, Ägypten, Perse u. a. bedeutende Leistungen aufzuweisen hatten, so brachte doch kein Volk die Künste auf solche Höhe der Entwicklung, als die Griechen, deren Blüthezeit in das fünfte Jahrhundert v. Chr. fällt. Durch Klima, Bodenbeschaffenheit und individuelle Begabung unterstützt, erreichten sie eine Vollendung, die uns noch heute Wahl und Ziel giebt, ja überhaupt nicht überboten werden kann. Die mit der Volksveränderung hereinbrechende Geistesnacht des Mittelalters, bannte auch die Kunst in enge Schranken, aus denen sie erst durch die Renaissance, der Wiederauferstehung der Antike und der Natur, befreit wurde, und die Wohlthat der folgenden Jahrhunderte prägte sich in den entarteten Schöpfungen des Barock und Rokoko aus. Zur Zeit stehen wir mittler in einer Drang- und Sturmperiode, hoffend, daß uns eine neue Zeit auch einen neuen Stil bringen wird.

Die Kunst soll unser Dasein nicht nur verschönern, sondern uns auch bilden und erheben und der erzieherische Werth derselben ist schon längst erwiesen, nur sollten, da dies der Fall ist, die Kunstsammlungen länger als jetzt, auch das Abo. und den ganzen Sonntag geöffnet sein, auch wenn z. B. Poetie mehr gepflegt und gefordert liegt eine höfische geworden, wieder regenerieren und zum

Diese Aenderungen haben circa M. 200.000 Kosten verursacht, und man möchte hieraus vermuten, daß selbst so hohe Summen, ohne durch den Staat zu gehen, im Kriegsministerium für solche Extra-Auswendungen eben vorhanden sind.“

Aus der Handlungswise der Bauverwaltung resultirte für Herrn v. Cartenn eine schwere Finanzlastigkeit, die zu Zwangsverläufen seiner Ländereien führte. Damals erfuhr ihm gegenüber dem damaligen Buchnerth des Eigentümers ein Verlust von M. 7.333.000. Die Statua die Bauverwaltung, machte den patriotischen Millionärum armen Mann. Und als derselbe seiner Gemüthsstimmung gegen die Bauverwaltung Lust macht, da mußte er sich noch obendrein wegen „Verleidigung“ des Kriegsministeriums vor Gericht verantworten! Aber die Bauverwaltung erhielt dabei eine scharfe moralische Verurtheilung. Das Gericht erklärte u. a., daß die Beamten bestrebt seien, ihr schlechtestes Verhalten nicht an den Tag kommen zu lassen.

Herr v. Cartenn seinerseits strengte gegen den Reichs-Militärkonsul eine Reihe von Prozeß auf Entschädigung an, die zum Theil zu seinen Gunsten entschieden sind, zum Theil noch schwelen. In einem dieser Prozeß sprach das Gericht aus, daß der Staat die Folgen unrichtiger Angaben seiner Beamten nicht zu vertreten habe.

Der patriotische Herr v. Cartenn aber ist gründlich fixt von seinem Respekt vor dem Fiskus, der seinen Glauben an Recht und Gerechtigkeit erfüllter hat, der mit der einen offenen Hand Millionen als Geschenk nimmt und mit der anderen geballten Faust den Verhängnisschlag — „Zunächst“ — sagt er — „entfleidet sich der „Fiskus“ des mit diesem Begriff im Volk verbundenen Nimbus; wir lernen erkennen, daß dieser Nimbus ihm — nur gebührt als abstraktem Begriff, der Fiskus für uns greifbar aber nur als eine wohlgesetzte Masse vornehmer Staatsdiener mit mehr usurpirter als versiegener Macht erscheint — und es wird uns hierbei die Lust, daß Patriotismus und Loyalität uns durchaus nicht verbieten, den Fiskus von vorneherein nicht allein mit den Schwächen des Einzelnen, sondern mit den Fehlern vieler befaßt zu erachten. Es ist daher in allen Beziehungen zum Fiskus dieselbe Vorsicht, ja noch mehr Vorsicht erforderlich, als in den Beziehungen zu einer leiblichen Person.“

Herr v. Carten weiß noch über ähnliche Fälle geheime Geschichten mitzuteilen aus den Alten des Kriegsministeriums. Wir erinnern uns des Falles, daß im Reichstage der Abgeordnete Hermann erklärte, für die Erwerbung des Bodens zum Bau eines Kaffee in Tempelhofer seien seitens des Fiskus M. 360.000 gezahlt worden; hiervon habe aber der Verkäufer nur M. 270.000 erhalten, M. 90.000 seien in die Taschen der Bischöfenhändler gewandert!

Was das Misstrauen gegen den Fiskus einmal besteht, da gelangt es zu logischen Schlüssen. „Es erscheint“ bemerkte Herr v. Cartenn — „erforderlich, daß bei allen denjenigen Angelegenheiten des Reiches und des Staates, welche durch ihre städtische und finanzielle Bedeutung, durch ihren Umgang und ihre Größe leicht ein Heid für Fehler, Unrecht und Ungerechtigkeit werden können, die Behörden selbst oder deren einzelne Theile nicht nur der Kontrolle des Ministers und des Departementschefs unterworfen bleiben, sondern daß sie unterworfen werden seitens der Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften.“

Und vor Allem auch das Theater dem arbeitenden Volke mehr zugänglich gemacht werden. Daß das Anschauen von Kunstgegenständen den hungrigen Magen nicht befriedigt, dies weiß ein jeder, und daß der Einfluß der Kunst auf das Volk erst dann von Bedeutung werden wird, wenn dasselbe wirtschaftlich gehoben sein wird, wird auch abbelant. Die Alten erhielten die Erziehung des Volkes durch die Kunst für wichtig, daß sie nicht allein den Besuch des Theaters frei und unentgeltlich für Jedermann gestatteten, sondern sogar den armen Bürgern, welche ihre Arbeit des Theaterbesuches wegen, da es am Tage stattfindet, unterbrechen müssten, noch eine Entschädigung zahlten. Goethe und Schiller meinten, in demselben Sinne die Schaubühne zur wahren städtischen Erziehungsstätte des Volkes machen zu können und sahen hierin die Kraft, welche die schwundende Religion erzeugen sollte. Neuerlich ist doch Goethe: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt der hat Religion; wer aber beide nicht besitzt, der habe Religion.“

Wir kommen nun zum arbeitenden Volke, d. h. dem Theile der Bevölkerung, welcher regiert wird und welcher die größten Lasten zu tragen, die meisten Steuern aufzubringen hat und dennoch an den Annahmestellen, die der Staat sowie die Erzeugnissen der Neuzeit bieten, den wenigsten Anteil nehmen kann. Alle die Verhältnisse sind das Resultat der ökonomischen Entwicklung in Verbindung mit dem menschlichen Egoismus. Auch diese Zustände werden mit Naturnothwendigkeit zum Abschluß kommen und tragen von selbst den kulturellen Fortschritt in sich. Gegenwärtig hat eine tiefe Bewegung das deutsche Volk ergriffen, indem es die Kunst, welche jetzt eine höfische geworden, wieder regenerieren und zum

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* **Zur Wohnungfrage.** In Worms hat die Polizei im vorigen Jahre 1604 Arbeitervwohnungen, die insgesamt von 10.400 Personen bewohnt waren, untersucht. Über die Ergebnisse spricht sich jetzt der Oberbürgermeister Küchler in dem Berichtsbericht aus. 14 Prozent aller Wohnungen wurden als feucht und ungeheud und 4 Prozent als im hohen Maße überfüllt ermittelt. In seiner Form, heißt es unter Anderem, bedeute der Wucher seine Opfer so schamlos aus wie der Wohnungsbucher. Der Schluß des Berichts lautet wörtlich: „Wohnungen, die auf den Wohnraum rund 5 Personen über 6 Jahre, also mit den kleinen Kindern mindestens 8 Seelen beherbergen, zerstören durch die mit dieser Menschenanhäufung unvermeidlich verbundene Unreinlichkeit und schlechte Lust nicht allein die Gesundheit, sondern auch alle Scham und Sittlichkeit.“

„Große städtische Einrichtung“ offenbart die sogenannte christlich soziale Presse. Natürlich sank in Berlin die Ausbildung des Gemeinschaftsverbundes der sogenannten „evangelischen Arbeitervereine“, in denen Geistlich das große Wort führen statt. Da wurde mitgetheilt, daß ein großer Arbeitgeber „seinen“ Arbeitern verboten habe, einem evangelischen Arbeiterverein beizutreten. Es entpuppte sich eine sehr lange, lebhafte Debatte über die Frage: ob es angemessen erscheine, die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit zu nennen. Eine große Anzahl von Rednern betonte die Nothwendigkeit, einen Arbeitgeber, der sich unterläge, seinen Arbeitern zu verbieten, einem körfig freuen und religiösen Vereine beizutreten, in der Öffentlichkeit zu brandmarken. Andererseits wurde jedoch bemerkt, daß durch Bekanntmachung des Namens dieses Arbeitgebers seinen zahlreichen evangelischen Arbeitern sehr geschadet werden könnte. Es würde sich im Interesse dieser empfehlen, den Ausschluß zu beauftragen, noch einmal eine Vermittelung mit dem betreffenden Arbeitgeber zu versuchen, wenn das aber nicht gelinge, alsdann die Hilfe der Presse in Anspruch zu nehmen.

Die Pastoren-Pastorale ergänzt nicht, den ungenannten Arbeitgeber“ ob seiner Ermöglichkeit moralisch zu zausen. Dieselbe Presse aber jubelt, wenn Unternehmer „ihre“ Arbeiter zwängen wollen, den „sozialdemokratischen Zwingervereinen“ fern zu bleiben. Hier in der Spieß nun einmal umgedreht, und da gestern die Herren über Ungerechtigkeit.

Wie ein Pastor in jener Ausschüttung behauptete, schreitet die „Sache“ der evangelischen Arbeitervereine in allen Theilen Deutschlands „rastig fort“. Allerdings „fort“ aber den Krebsgang!

* **Der Kampf um die sogenannte Arbeitsordnung** entbrannte zwischen Arbeitern und Unternehmen immer heftiger. Am 1. Juni gab der Vertrauensmann der Manheimer sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch Strakenplatte bekannt, daß an verslossenen Sonnabend 84 Arbeitern der Glühlampenfabrik auf den 1. Juni gefündigt worden sei, weil dieselben sich einer rigorosen Arbeitsordnung nicht unterwerfen wollen. Der Vertrauensmann vermuht in dem Vorgehen der genannten Firma eine Machination des Fabrikantenvereins und appelliert an die Solidarität der Arbeiterschaft, damit jedweder Zugzug fremder Arbeitskräfte abgehalten werde.

Es war vorzusehen, daß die Art von gesetzlicher Arbeitsordnung, welche Regierung und Reichstagmajestät beliebt haben und die sie als Mittel zur Förderung des sozialen Friedens“ hinstellten, Anschluß zu neuen erbitterten Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit geben werde.

* **Die Arbeiter von Neustadt O.-S.** welchen der Magistrat das Gelch um Errichtung eines Gewerbeberichts abgeschlagen hat, beschloß in einer Versammlung, die Oppelner Regierung zu ersuchen, die selbe möge den Magistrat zur Schaffung der erwähnten notwendigen Institution veranlassen. Das Gelch ist durch den sehr triftigen Grund gefüllt, daß bei dem in Neustadt immer mehr Platz greifenden Fabrikations-

Gemeingut des ganzen Volkes machen will. Die ersten Resultate dieser Bewegung sind bereits zu sehen. Nicht nur, daß sich das arbeitende Volk seit Jahren schon Bildungsvereine mannigfacher Art schuf, so läßt es den Selbst in neuerer Zeit in Hamburg einen Verein „Vollkskunst“, welcher auch eine dementsprechende illustrierte Fachzeitschrift herausgibt, in Berlin eine Arbeiterschule hinzu. Doch nicht genug damit, es wurden auch eigene Theatervereine, zunächst in Berlin und Copenhagen, welche unter dem Namen „Freie Volksbühne“ bekannt sind, gegründet, wo durch Vorläufe und gute Theateraufführungen zahlreiche Goethe und Schiller meinten, in demselben Sinne die Schaubühne zur wahren städtischen Erziehungsstätte des Volkes machen zu können und sahen hierin die Kraft, welche die schwundende Religion erzeugen sollte. Neuerlich ist doch Goethe: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt der hat Religion; wer aber beide nicht besitzt, der habe Religion.“

Man sieht, überall ist Leben, Bewegung und ein gerechter Ernst zum Fortschritt vorhanden und darum ist nur zu wünschen und zu hoffen, daß endlich die Volkschulen verbessert und alle Gymnasien, Universitäten, Kunst- und Gewerbe-Akademien frei und unentgeltlich befreit werden können, die Sammlungen länger geöffnet, die Theateraufführungen verstärkt würden. — Möchte doch endlich eine Zeit kommen, wo man alle diese Wünsche des Volkes berücksichtigen und zur Ausführung bringen will, und wenn es geschieht, dann wird eine Entwicklung und eine Kunstschule eintreten, so schön und so bedeutend, wie sie das Menschengeschlecht noch nicht erlebt hat.

betriebe die Amtungsgerichte für die Gefangenheit der Arbeiter nicht zweideutig sind.

Einsturz eines Schulgebäudes. Unter donnerartigem Krachen ist in Böhlitz-Schlema das Schulgebäude eingestürzt. Die sämtlichen Klassenzimmer waren glücklicherweise leer. Mag wohl ein nettes „Schulgebäude“ gewesen sein.

Arbeits- und Industriekammern in Holzland. Der liberale Abgeordnete Ritter hat in der zweiten Kammer der Generalstaaten einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher bewirkt, dass „Kammern von Arbeit und Industrie“ einzuführen. Dasselben sollen: 1. Unternehmer und Arbeiter zur Verteilung ihrer gegenwärtigen Interessen zusammenrufen; 2. den Arbeitern die Gelegenheit geben, auf gesetzliche Weise ihre Wünsche zur Kenntnis der Obrigkeit zu bringen; 3. den Meistern, Prüfung und Gemeindeverordnungen in Arbeitsschulen durchzuheben; 4. Streitigkeiten zwischen Patronen und Arbeitern beigeleiten; wenn nötig, durch Schiedsgerichte. Der Gesetzentwurf hat Aussicht auf Erfolg.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Eine Agitationskommission der Berliner Vertrauensmännerorganisation, welche aus sieben Personen besteht, darunter die drei Maurer Baier, Blaurock und Breiden, ein Stuckateur, zwei Muslinstrumentenarbeiter und ein Tapetier, erschien im Vorort "an alle auf Grund des Vertrauensmännerstiftes organisierten Gewerkschaften in Berlin und den Provinzen", sich ihrer Sache, die hauptsächlich in der Bekämpfung der zentralistischen Organisationen besteht, anzuschließen. Der Fang der Dummen wird eben mit allen Mitteln verjagt. Die Aufrufer sind dabei so „bescheiden“, die arbeiterfreundlichen Blätter zu bitten, den Aufruf „zur Kenntnis der Genossen in den Provinzen“ zu bringen, d. h. also, die bekannten Berliner Herren in ihrem Wahlkreis gegen die Zentralorganisationen zu unterdrücken.

Die Berliner Arbeiterschaft will von dieser Kommission nichts wissen, und hat dieselbe kein Recht, im Namen der Berliner Arbeiter sich zu gerufen. Allerdings ist sie in einer öffentlichen Versammlung „aller Berliner Gewerkschaften“, wie der Aufruf sagt, gewählt worden; aber daß diese Versammlung eine einzige sei eine war, wird nicht gesagt. In dem Aufruf heißt es: „Da bis jetzt nur die Maurer, Muslinstrumentenarbeiter, Stuckateure und Tapetier ihre Vertreter zu dieser Kommission gewählt haben, so fordern die Unterzeichner alle Berliner Gewerkschaften, welche sich mit der im Februarplatz am 3. April angenommenen Resolution einverstanden erklären, hiermit auf unverzüglich öffentliche Versammlungen einzuberufen, und ein oder mehrere und wenn möglich solche Delegierte zu wählen u. s. w.“

Die Maurer Berlin haben mit dieser Kommission gar nichts zu tun, es ist nur eine verschwörte kleine Minorität derjenigen, welche den Herren Wille und Genossen Heerfolge leistet. Aber auf solche Weise, indem sie stets im Namen der Gewerkschaft sprechen, glauben die Herren die Genossen in den Provinzen hinter das Licht führen zu können. Vergebliche Mühe!

In einer öffentlichen Versammlung der Töpfer wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist angifts der jetzigen traurigen Lage unseres Gewerbes der Ansicht, daß nur ein strenger Bußauerhalten aller am Ofte arbeitenden Kollegen im Stande ist, uns vor weiterem Sintern unserer Erwerbsverhältnisse zu schützen und den bestehenden Lohnstabilität hochzuhalten. Es verpflichtet sich daher die Anwesenden, an allen Arbeitsstätten dahin zu wirken, daß jeder hier arbeitende Töpfer auch der hier beheimateten Organisation angehört und seiner Bildhauer derselben gegenüber voll und ganz nachkommt.“ In nächster Zeit wollen die Berliner Töpfer gegen das Auktionsrecht in sie ne Stellung nehmen.

Die Ausichten im Baugewerbe Berlin sind immer noch recht trüb. Vorläufig berichten Statt daß der Lohn um die Jahreszeit mindestens sechzig genannt werden müsse, ist er im Einlen begriffen. Nachdem einzelne kleinere Baugeschäfte den Anfang gemacht haben, folgen die größeren Geschäftshäuser. So z. B. hat die Aktiengesellschaft für Bauausführungen durch öffentlichen Anschlag bei der letzten Sonnabend erfolgten Lohnzahlung ihren Maurern und Zimmerleuten angekündigt, daß ihnen von Bürgen ab pro Stunde 2½ & Lohn weniger gezahlt werden wird. Dicsem Beispiel werden, da die genannte Gesellschaft eine der größten Baufirmen Berlin ist, andere folgen.

Die Frage, wie sich demgegenüber die Berliner Maurer und Zimmerleute verhalten werden, bleibt vorläufig noch eine offene.

Aus Mühlhausen i. G. wird uns Mitteilung: Im Steinbauergewerbe liegt gegenwärtig vierfach fast alles gänzlich darin, die Arbeitslosigkeit ist außerordentlich groß. Einem Arbeiter, der dieser Tage um Beschäftigung an den Steinbauerarbeiten für das neue Postgebäude am Neuen Wall antrage, ist nun die Eröffnung gemacht worden, daß seine Arbeit angenommen werden könnten, da der Unternehmer sämtliche Steinbauerarbeiten für das betreffende staatliche Gebäude in Löhringen beauftragt habe. Ohne Zweifel, weil die Herstellung dort etwas billiger kommt. Die höchsten beschäftigungslosen Steinbauer können also unterdessen zu ziehen mit den Händen in den Taschen und — dem Hunger im Magen.

Auch bei Staatsarbeiten ist der Ausbeutungstreit und Profitmache der Unternehmer Thür und Thor geöffnet.

Monumentalsäulen und Schmuckkonkurrenz.

Man schreibt uns aus Wien: Ein neuer Monumentalsäule (die Habsburg) soll hier errichtet und späteren Generationen Bezeugnis geben von dem Geschick und Können der Männer der Kunst und des Kunstgewerbes am Ende des 19. Jahrhunderts; so wenigstens wollen es die Schöpfer derartiger Bauwerke unseren Mitgliedern, welche zu reisen wünschen, auf-

aufgefordert wissen und sie gehen darauf hin. Schreiben ein Dutzend aus und übergeben dann jenen kapitalistischen Unternehmer, welcher für die Ausführung dieser monumentalen Arbeit den miserabelsten — paradox mindesten betragenden Kostenüberschuss gemacht hat, die Arbeit.

Diese Methode ist wohl nicht neu, sondern modern. Kapitalistisch und wird daher auf Kosten der Arbeiter so lange vorausgeschoben, als sich's die Arbeiter gefallen lassen, das heißt, die letzteren nicht darum fören, daß dieses gemeinschaftliche Produktions- und Birthlhaftsystrem durch ein vernünftigeres ersetzt werde.

Nachdem es sich in diesem Falle gerade nur um die Vergebung des ersten Theiles der Steinbauer-Arbeiten handelt und die Bildhauergeschäfte, gewißlich durch die schon lange an ihnen gelebte Praxis des Lohnabdrucks, nun endlich einmal zur Einstift gelangten, das diesen Gebaren nur durch eine strenge Vereinigung und Organisation eines Damms entgegengesetzt werden könnte, sandte dieser letztere in einer freien Bildhauer-Gesellschaft Verhandlung ihren ersten Aufruf, um die Menge der Steinbauer-Gesellschaften, welche in einer Assoziation vereint sind, einen Beruf durch Erlangung von Streitverhinderung zu schaffen und 32 außerhalb dieser Assoziation stehende Firmen bewilligten die Forderung. Seit einigen Wochen in aber den ersten die Ruhe aufzuhalten gesuchten; sie verfügen sich sogar dazu, das Werkzeug, welches hier den Arbeitern gehört, auf die Straße zu werfen. Das Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen. Die Streiter werden ihre Ruhe und Entschlossenheit bewahren und im Bewußtsein dessen, was auf den Spiel steht, nicht nachgeben. Die Unternehmer sind sich dieser Thatfrage ebenso sehr bewußt und verfügen nun Schreiner von Auswärts hierher zu laden. Wir versuchen deshalb die deutschen Arbeiter auf das Dringendste, den Buzug von Schreinern nach Newyork fernzuhalten.“

Ein anderer großer Streit, der das öffentliche Interesse hervorruft, ist der der Stein-

arbeiter. Die Steinbrucharbeiter und Steinbauer-Völle haben ihre Drohung, die Arbeiter in ihren Werkstätten auszuschließen, ausgeführt. In den New England-Staaten von Maine bis Connecticut wurde der Lockout erklärt und 15.000 Granithauer in den Steinbrüchen sind heute arbeitslos.

Die Zahl wird sich noch bedeutend

vergrößern, denn in allen Städten, wo eine Loslösung

der Steinbrucharbeiter und Granithauer, Tagelöhner, Derridien, Schmiede, Verlader und Klincher betroffen

und viele andere Gewerbe werden durch den Lockout in Mitleidenschaft gezogen.

In Newyork sind bis jetzt 3000 am Streit, aber man glaubt, daß bis heute mindestens 8000 Arbeiter hier und in Brooklyn die Arbeit einstellen werden. Es werden nicht allein die Arbeiter in der Steinindustrie streiken, sondern auch viele Bauarbeiter, welche an Gebäuden arbeiten, wo Nicht-Union-Granit verwendet wird, werden streiken.

Die Kontraktoren stellen einige Italiener an, aber der Erfolg blieb aus. Auch bei den Straßenplasterungen wollten die Kontraktoren italienische Arbeiter verwenden, aber dieselben erwiesen sich vollständig unfähig.

In Brooklyn macht sich der Streit rief. Der Lockout auch stärker. Die bei dem Departement der öffentlichen Arbeiten angestellten Straßenplasterer haben beschlossen, nur an Reparaturen zu arbeiten. Steine aus den Lockout Shops aus New England dürfen nicht benutzt werden. Die „Granite Cutters“ sind an den Wasserwerken am Eingang des Projekts Park am Streit. Auch die Arbeit an dem „Monument der Soldaten und Matrosen“ wurde eingestellt. Dort weigern sich die Arbeiter, die Steine aus den Neu England Steinbrüchen zu bearbeiten. In einigen Gebäuden stellen die Bauarbeiter aus denselben Gründen die Arbeit ein.

Es gibt in den New-England-Staaten eine nicht geringe Anzahl von kleineren Steinbrüchen, deren Besitzer der Assoziation nicht angehören und die gerne bereit wären, doch Steine zu liefern, wo diejenigen der Assoziation verdrängt worden, hätte die letztere nicht schon Einschließungsmittel angewandt. Sie hat den kleinen Unternehmen möglichst die Arbeit herzustellen;

2. da der Bildhauer nicht nur vorberlich, sondern auch geistig arbeitet und selbst für Fertigstellung seiner nötigen Werkzeuge sorgen muß, für die Erhaltung seiner vorberlichen Kräfte und geistigen Fortbildung aber besser Lebensbedingungen notwendig sind, um das leisten zu können, was von ihm verlangt wird, der Steinbauer aber in den seltesten Fällen, das ganze Jahr hindurch Belästigung hat, so ist als mindesten Vohn 18 l., bei Auktionsrat als Conto-Zahlung ebenfalls 18 l. festzusetzen.

3. Das — da die Herstellung gebiegter Bildhauerarbeiten im Auktionsrat in den seltesten Fällen erreicht wird — die Arbeiten bei öffentlichen Bauten nur in Regie gemacht werden sollen, und

4. erklärt die Versammlung es als Pflicht eines jeden Kollegen, der Organisation der Bildhauer beizutreten, um mit allen gesetzlichen Mitteln diese Forderungen zum Durchbruch zu bringen.“

Es ist zu hoffen, daß es der nunmehr entwalteten Organisation der Wiener Bildhauergeschäfte gelingen werde, diejenigen elenden Teilen der Schmuckkonkurrenz einen Siegel vorzuschieben. Und das wollen sich die schlau im Hintergrund versteckten Herren Kollegen des Herrn Baumgliegen gemacht sein lassen. Ist nur erst der Anhang gemacht?

B.

Die Männerbewegung in Dänemark.

Kopenhagen, 22. Mai.

Seit der letzten Mittheilung haben sich die Arbeitsverhältnisse in Kopenhagen etwas verbessert, indem der Lockout der Fabrikarbeiter beendet ist. Es ist jedoch noch ein bedeutender Streit der daran beteiligten Gewerbe, ob Arbeitslos und können wir daher nur abrufen, hierher zu rufen.

Der Streit in Kjøge ist beendet und haben die Gelehrten ihre Forderung durchgesetzt, müssen jedoch darauf eingehen, daß die Streitbrecher, welche keiner Organisation angehören, in Arbeit verbleiben. Kein Verbot, möglich ist zum Streitbrecher geworden.

Der Streit in Svendborg dauert fort, da die Unterhandlungen noch kein Resultat ergeben haben; in den übrigen Filialen sind die Verhältnisse unverändert; in Boile, Horsens, Kjøge, Holbæk und Slagelse ist reichlich Arbeit vorhanden.

Es ist und nun gelungen, in nähere Verbindung mit dem deutschen Männerverband zu treten und zwar so, daß wir uns gegenseitig die zur Aufklärung nötigen Mittheilungen zugehen lassen; der deutsche Verband hat in fast allen Städten Zählpunkte, und es wird deshalb seinen Mitgliedern, welche zu reisen wünschen, auf-

erlegt, sich sofort bei ihrer Künstler in deutschen Städten bei dem Vorstand zu melden und werden dieselben dann, wenn das Mitgliedsbuch in Ordnung ist, ohne Eintrittsgebühr in den Verband aufgenommen.

Wir erüchten die Vorstände unserer Filialen beimtreten deutlicher Kollegen ebenso zu verfahren, wie wirxielen dadurch ein mehr vertrauliches und familiärschaftliches Verhältnis mit unseren deutschen Brüdern.

Aus Amerika.

Ende Mai.

Über zwei große Streits ist zu berichten. Seit dem 4. April befinden sich die Schreiner New York des Achstundentags habet im Ausstande. Das Executive-Committee der Gewerkschaft erlässt folgenden Aufruf:

„Während eines Zeitraumes von vier Wochen machen

diesigen Unternehmer, welche in einer Assoziation ver-

einigt sind, keinen Verlust durch Erlangung von Streit-

verhinderung. Ein zu schaffen und 32 außerhalb dieser

Assoziation stehende Firmen bewilligten die Forderung.

Seit einigen Wochen in aber den ersten die Ruhe auf-

zu halten gesucht; sie verfügen sich sogar dazu, das

Werkzeug, welches hier den Arbeitern gehört, auf die

Straße zu werfen. Das Ende des Kampfes ist noch

nicht abzusehen. Die Streiter werden ihre Ruhe und

Entschlossenheit bewahren und im Bewußtsein dessen,

was auf den Spiel steht, nicht nachgeben. Die Unter-

nehmer sind sich dieser Thatfrage ebenso sehr bewußt

und verfügen nun Schreiner von Auswärts hierher zu laden.

Wir versuchen deshalb die deutschen Arbeiter auf das

Dringendste, den Buzug von Schreinern nach Newyork

fernzuhalten.“

Ein anderer großer Streit, der das öffentliche Interesse

hervorruft, ist der der Stein-

arbeiter. Die Steinbrucharbeiter und Granithauer-

Völle haben ihre Drohung, die Arbeiter in ihren Werk-

stätten auszuschließen, ausgeführt. In den New England-

Staaten von Maine bis Connecticut wurde der Lockout

erklärt und 15.000 Granithauer in den Steinbrüchen sind

heute arbeitslos.

Die Zahl wird sich noch bedeutend

vergrößern, denn in allen Städten, wo eine Loslösung

der Steinbrucharbeiter und Granithauer, Tagelöhner,

Derridien, Schmiede, Verlader und Klincher betroffen

und viele andere Gewerbe werden durch den Lockout in Mitleidenschaft gezogen.

In Newyork sind bis jetzt 3000 am Streit, aber

man glaubt, daß bis heute mindestens 8000 Arbeiter

hier und in Brooklyn die Arbeit einstellen werden.

Es werden nicht allein die Arbeiter in der Steinindustrie

streiken, sondern auch viele Bauarbeiter, welche an Ge-

bäuden arbeiten, wo Nicht-Union-Granit verwendet wird,

werden streiken.

Die Kontraktoren stellen einige Italiener an, aber

der Erfolg blieb aus. Auch bei den Straßenplasterungen

wollten die Kontraktoren italienische Arbeiter verwenden,

aber dieselben erwiesen sich vollständig unfähig.

In Brooklyn macht sich der Streit rief. Der Lockout

auch stärker. Die bei dem Departement der öffentlichen

Arbeiten angestellten Straßenplasterer haben beschlossen,

nur an Reparaturen zu arbeiten. Steine aus den Lockout

Shops aus New England dürfen nicht benutzt werden.

Die „Granite Cutters“ sind an den Wasserwerken am

Eingang des Projekts Park am Streit. Auch die Arbeit

an dem „Monument der Soldaten und Matrosen“ wurde

eingestellt. Dort weigern sich die Arbeiter, die Steine

aus den Neu England Steinbrüchen zu bearbeiten. In

einigen Gebäuden stellen die Bauarbeiter aus denselben

Gründen die Arbeit ein.

Es gibt in den New-England-Staaten eine nicht ge-

ringe Anzahl von kleineren Steinbrüchen, deren Besitzer

der Assoziation nicht angehören und die gerne bereit

wären, doch Steine zu liefern, wo diejenigen der Assoziation verdrängt worden, hätte die letztere nicht schon

Einschließungsmittel angewandt. Sie hat den kleinen

Unternehmen zu rütteln, falls sie es

wagen sollten, ihnen in Gehege zu kommen. Ein Beweis

hierfür lief gestern im hiesigen Hauptquartier der Stein-

arbeiter ein. In Green's Landing, Maine, bot der

Steinbrucharbeiter Greenlaw einer Anzahl der ausge-

schlossenen Granitarbeiter Beschäftigung an, die auch, da

der Genannte sein Mitglied der Assoziation ist, akzeptirt

wurde. Als sich die Leute jedoch zur Arbeit einstellten,

sagte ihnen Greenlaw, er könne sie nicht anstellen, die Assoziation würde ihn sonst rütteln. Er zeigte einen

von W. S. White an ihn gerichteten Brief, in welchem

er ihn auffordert, keine ausgeschlossenen Arbeiter zu be-

beschäftigen, sonst würde ihn die Assoziation aus dem Ge-

schäft vertreiben, sobald die gegenwärtigen Birnen zu

Ende.

Die Ergebnisse der ausgeschlossenen Arbeiter hat eine

Erklärung an das Publizum erlassen. In derselben

heißt es:

„Die Granitarbeiter der New-England-Staaten, die

infolge eines Decretes der Manufacturers Association

ausgeschlossen sind, und diejenigen Union-Arbeiter ver-

wandten Gewerbe, die um ihren Brüdern in New-

England beizutreten, die Arbeit niedergelegt, erlauben

sich, dem Publizum gegenüber ihre Stellung in den

gegenwärtigen Birnen klarzulegen. Die Frage, die diesen

Lockouts herbeigeführt, die Arbeiter an Bauten und in

Strassen verschiedener Städte unterbrochen hat und der

alten Betreibern so große Verluste verursacht, ist eine

einfache und leicht zu verstehen, doch von grösster

Bedeutung für die Union-Granit-Arbeiter. Es handelt sich

darum, ob die Lockoutstage am 1. Mai oder am 1. Januar

unterzeichnet werden soll. Der Gebrauch, die Stale am

1. Mai zu unterzeichnen, ist seit Jahren bestehend. Seit

die Lockoutstage überhaupt unterzeichnet wurden, geschah

dies im Frühjahr eines jeden Jahres. Alle Arbeiter

haben dies getan und alle außerhalb der New-Eng-

land-Association stehenden Arbeitgeber in allen Theilen des

Landes haben in diesem Jahre, wie in früheren, die

Lockoutstage am 1. Mai unterzeichnet.

Die Neu-England-Association hatte sich bis jetzt noch nie über dieses System beklagt. Eine vorher-gangene Warnung wurde von der Association die Proklamation in die Welt gesandt, daß die Arbeiter, falls sie mit dem alltäglichen Gebrauch nicht brechen, ausgeschlossen würden. Dem Publikum mag es fremd erscheinen, daß einer so einfachen Sache leidende der vereinigten Gewerkschaften so energischer Widerstand entgegengetreten wird.

Weßhalb sind wir so einmächtig gegen die Neuerung? Weß "es" die Verstärkung einer der weßtümlichsten Grundlagen unserer Organisation bedeuten würde. Es handelt sich darum, daß die Unions weiter existiren sollen, ob der Arbeitier die durch Organisation den Fabrikanten abgerungenen Vortheile auch seiner genießen oder zu den schärfsten ungünstigen Verhältnissen zurückkehren soll. Es war das True System, das Swangs Boardinghaus-System, das System der Nachreduktionen in der Zeit zwischen November und Mai, da das Geschäft danaufgeht und das System, für in genannter Zeit vereidigte Arbeit erst im Juni zu bezahlen, das durch Einführung der Mai-Salas bestätigt wurde. Im Winter wird im Granitgeschäft wenig gehan. Das Winter-Wetter gereicht dem Arbeitgeber zum Vortheil und unsere Erfahrung lehrt uns, daß die New-England Manufacturers Association steineweis gegen so wohlständige Gesellschaft ist; würden wir nachgeben, so würden wir uns einfach der Gnade und Ungnade dieser Assoziation überantworten, denn in der Winterszeit, in welcher das Geschäft still steht, würden sie sich wenig um unseren Lohn kümmern und noch weniger um Lohn-Salas. Die Tantende von Union-Granitarbeiten über die ganzen Prei-Staaten, und Canada haben sich gefobi, sich diesem ungerechtfertigten und nutzlosen Verlangen einer Januar-Sala nicht zu unterwerfen."

Aus zahlreichen Städten wird die Arbeitsniederlegung von Steinarbeitern in den Wäschien, sowie von Bauarbeitern gemeldet.

Auch an unfehlbarem Humor fehlt es bei der Sache nicht. Den ausgeschloßenen und kreitenden Arbeitern, sowie der Steinbruchbeiter-Assoziation wird vom "Recorder" der Vorwürgen gemacht, ihre Streitigkeiten dem katholischen und episkopalen Bischof in Boston, die einen Dritten heranziehen sollen, zur Entscheidung zu überbreiten. Das fehlte bis noch! Am Kircheninteressen einen derartigen Einsatz auf Arbeiterschaftsangelegenheiten einzuräumen, hieße die Arbeiterversorgungen von den Kirchen abhängig machen. Kirche und Priesterthum haben einen wesentlich kapitalistischen Charakter, und es hieße den Teufel bei seiner Großmutter verfliegen, wollte man sie zum Schiedsrichter über ökonomische Streitigkeiten machen. Die Arbeiter würden dadurch immer die Betrogenen sein.

Situationsberichte.

Waurer

Harburg. — Am 19. Mai fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hierigen Zahnstelle des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands u.s.w. statt. Nachdem sich zwei neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen und es sich herausstellte, daß der Fragesteller leier war, so war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Der zweite Punkt, „Abrechnung vom Stiftungsfeste“, mußte vertagt werden, da der Festleiter die Abrechnung noch nicht fertig gestellt hatte. Zum dritten Punkt erstattete die Kommission, welche in der letzten Versammlung gewählt war, Bericht in der Sache Garms, welche in der letzten Versammlung angeklagt war, am 1. Mai gearbeitet zu haben. Garms hatte diese Arbeit als Notarbeit hingestellt, da sonst der Ausgang nach dem Holz gehemmt würde, die Kommission aber hatte gefunden, daß der Platz von der Hölzlöhre bis zum Bau mindestens 2–3 Meter beträgt, es könne also unter keinen Umständen Notarbeit gewesen sein. Von Garms wurde die Ansicht gegeben der Kommission, aufs Entschiedene beschriften. Kollege Weigner nahm hierauf das Wort und kritisches sehr scharf das Verhalten Garms. Redner führte an, daß der Kollege Garms mehrere Jahre mit an der Spitze gestanden und unsere Organisation mit aufgebaut hätte durch sein ehriges Verhalten reisse er aber das Erungenne wieder nieder. In Betracht der Bedeutung des 1. Mai, eines Tages, an dem Millionen von Arbeitern um die Verkürzung der Arbeitszeit, um den Achtfundenstag demonstriren, sei dieses Vergehen nun so schwerwiegend und beantrage er den Ausschluß des Kollegen Garms. Es sprachen sich dann noch mehrere Redner für und gegen den Antrag aus, welcher schließlich mit 59 gegen 28 Stimmen angenommen wurde. Ferner wurde der Kollege F. Müller, Buch-Nr. 2506, welcher ebenfalls am 1. Mai gearbeitet hatte, einstimmig ausgeschlossen. Der Kollege Butoz, welcher gleichfalls am 1. Mai gearbeitet hatte, erklärte, lieber M. 8 zahlen zu wollen als ausgeschlossen zu werden, welches auch angenommen wurde. Der Bevollmächtigte machte alsdann noch bemerkbar, daß der frühere Schriftführer das Bevollmächtigte nicht abliefern wolle, vielmehr erkläre, es sei sein Eigentum, welches sich aber als unwohl herausgestellt habe. Kollege Weigner beantragte, den Kollegen Platz durch den Bevollmächtigten aufzufordern, bis zu einer bestimmten Zeit das Bevollmächtigte abzuliefern, widerging dies die Klage gegen ihn zu erheben. Als Thürlohnreclame wurden die Kollegen Janke und Melby gewählt. Schluß der Versammlung um 10^o Uhr.

Berlin. Die heilige Bühnesteile II des Centralverbandes der Männer Deutschlands hielt am 22. Mai im Volks-Theater Süd-Ost eine Wanderversammlung ab, in welcher Herr Sillier einen beseitiglich aufgenommenen Vortrag über „Kapital und Arbeit“ hielt. Der Referent führte unter Anderem etwa Folgendes aus: „Neben mir wurde der Kampf zwischen Kapital und Arbeit in haridäfer Weise geführt, wie in jeglicher Zeit, in welcher das Kapital die Krise, resp. die schlechte wirtschaftliche Konjunktur hervorruft, die Löhne der Arbeiter bis auf das minimalste Maß herunterdrückt, um, wie sich die Herren so gerne ausdrücken, nicht in dem Kon-

Kurrenzklans zu unterliegen; die Arbeiter müssen eben die Beute zahlen. Redner wußt' sodann durch Zählen nach, daß die Dividenden der Grubenbesitzer in früheren Jahren, in denen die Bergarbeiter noch in eine Lohnbewegung nicht eingetreten waren, um 50 v. H. niedriger standen, als im Jahre der Lohnbewegung der Bergarbeiter. Es beweist dieses, daß die Kapitalisten selbst die Ausländer der Arbeiter zu Ruhe machen. Auf das Maschinewesen hinweised, bemerkte Redner, daß die Maschinen eigentlich dazu bestimmt den Menschen

die Maschinen, eigentlich dazu bestimmt, den Menschen die Arbeit zu erleichtern, zum Fluch für die Arbeit geworden sind. Durch die immer ausgedehntere Anwendung derselben in der Produktion würde das Herz der Arbeitslosen immer größer, so daß Letztere wiederum dem Sohn unwillkürlich herunterdrücken. Es sei daher eine geschlossene Vereinigung aller Arbeiter dringend geboten, aller Haß und persönlicher Streit habe zu schwinden. Von weitausgehendem Nutzen sei auch die Heranziehung der Kleinstädter zur Organisation. In der nunmehr folgenden Diskussion sprachen in längeren Ausführungen im Sinne des Referenten die Herren Gräblyer, Silber, Schmid und Heinz. Unter „Berücksichtigung“ wurde

von Herrn Galind (Weber) bekannt gegeben, daß der Weber Wirdorf's in den Ausstand getreten seien. Bei regen Unterstützung wurde aufgefordert. Alsdann wurde die Wiedereinsetzung bekannt gegeben, daß die nördlichen

vom Vorstand noch bekannt gegeben, daß die nach ordentliche Mitgliederversammlung anfängt und an der Stelle am 12. Juni d. J. wiederum eine Wanderversammlung am Kreuzberg im Etablissement von Köhle Mädtern- und Teltowerstrasse-Ecke, stattfindet.

Vereinsstiftale Gathof „Zum goldenen Kreuz“ die Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Kastengeschäfte ledigt, sowie mehrere neue Mitglieder aufgenommen, folgten Angelegenheiten zur Förderung. Auf dem Bau der Dismantfabrik, welcher vom Maurermeister Naumann aus Dessau ausgeführt wird, arbeiten die freien Kollegen. Stunden, während hier am Ort die zehnständige Arbeitszeit eingeführt ist. Wir hatten nun die Kollegen zu unserer Mitgliederversammlung eingeladen, wozu auch mehrere erschienen waren, mit ihnen auch der Bauführer, welcher den Bau leitet. Wir legten nun den Kollegen klar, welchen Erfolg es uns gelingt, hier die zehnständige Arbeitszeit einzuführen; wir erachteten sie, nicht daß sie preiszugeben, was wir nach schwerem Kampfe errungen haben.

Die erschienenen fremden Kollegen verbrachten auch, darin hinzustreben, daß die zehnständige Arbeitszeit innerhalb der 10 Stundenlohn von 35,- g bezahlt würde. Der Herr Bauführer war jedoch anderer Meinung; er erklärte kurzweg: „Wir wollen jetzt bei der Höhe nur 10 Stunden arbeiten, wenn wir jedoch Material genug haben und die Höhe nachläßt, arbeiten wir 11 Stunden und wenn das nicht will, kann gehen, mit können in dieser Beute genug kriegen.“ Es wurde dem Herrn Bauführer empfohlen, wenn die Arbeit so dränge, doch mehr Leute anzustellen, damit diejenigen Kollegen, welche gewünscht sind, sich auf der Strandstraße herumzutreiben, auch Beschäftigung finden. Der betreffende Herr gab zur Antwort: „Wir wollen mit wenigen Leuten arbeiten, denn stellen wir mehr an, so können wir dieselben nicht hörig überwachen.“ Das heißt mit anderen Worten nicht genug auszu nutzen. Einem dort arbeitenden Kollegen W. Sager aus Magdeburg, welcher dem Herrn Befürworter besonders den Standpunkt klar mache, wurde

Montag Morgen der Baulatz verwiezen. Ihr Kollegen, wenn der Arbeiter für seine Menschenrechte eintritt, welche Belästigung ihm zu Theil wird; von Ihr also Annoncen in verschiedenen Zeitungen leset, nach Dessau resp. Coswig Mauer gesucht werden, bitten wir Euch, in Eurem eigenen Interesse, prüft die Verhältnisse, ehe Ihr nach hier kommt. Wir Ewiger Kollegen eruchen Euch deshalb, den Bürgern stets nach hier fernzuhalten, bis wir die Angelegenheit erledigt haben.

hiesige Wahlstelle des Central-Verbandes der Mat-
Deutschlands ihre regelmäßige Mitgliedschaft verfam-
ab. Nachdem der erste Punkt, „Auslage und Aufzählung
neuer Mitglieder“, erledigt war, sprach zum 2. Der Be-
“Innere Verbandsangelegenheiten“, zunächst der Bevöl-
mächtigte über die vorgunehmende Abänderung des Statuts.
Seine Ansicht ging dahin, daß die Paragraphen 4 und 5 zu ändern seien. Im Paragraph 4 seien die Sätze
so zu stellen, daß bei einem täglichen Lohn von M. 2 50
bei M. 3 20, bei M. 4 35, bei M. 5 50 und über M. 5 80
an Extrasteiner zu zahlen sind. Bezuglich des Para-
graph 5 sei die Änderung zu treiben, daß auch von
Eintrittsgeldern den Wahlstellen 30 Prozent zufalle.
Ein Kollege wünschte, die Extrastener ganz aufzuheben
und dafür freiwillige Sammlungen unter den Kollegen
zu veranstalten. Nachdem noch verschiedene Kollegen
Meinung geäußert hatten, wurde beschlossen, den Be-
Anträge auf Abänderung des Statuts“ an die Ta-
ordnung der nächsten Versammlung zu legen. Diese
wurde die Wahl eines Schriftführers vorgenommen und
dieser der Kollege Wilhelmi gewählt. Im Fragestand
befand sich eine von dem Kollegen Marjes an die Wahl-
stelle gerichtete Karte, auf welcher derselbe mittheilte,
er plötzlich habe abreisen müssen. Die Versammlung
nahm hieron Kenntnis und gab zugleich der Hoffnung
Ausdruck, daß der Kollege Marje s recht habe
seiner hier zu erfüllenden Verpflichtungen erinnern möge.
Im „Verschiedenen“ wurde das Verhalten der Dr. G. T. C. B. & Co. von einigen Kollegen scharfschit-
zen. Sodann erinnerte der Bevollmächtigte die Mitglieder
die statistischen Bücher und bat, dieselben recht sorgfältig
auszusehen. Hierauf erfolgte Schlüß der Versammlung.
Die Mitglieder werden erzählt:

Wiesbaden. Am 1. Juni tagte hier im Verein des Herrn Kaiser eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: 1. Gründung einer Zunft des Centralverbandes der Maurer Deutschlands und Berufsgenossen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3.

schiedenes. Nachdem der Vorsitzende das Verbandsstatut und das Bechaltungsgesetz zur Beklebung gebracht und sein Bedauern ausgesprochen, daß die Beratung so schwach besucht und die hiesigen Mauere so geringes Interesse für ihre eigenen Angelegenheiten zeigten, doch die Lage deshalb am hiesigen Orte eine überaus traurige sei, wurde zur Wahl der Zahlstellenverwaltung geschritten. Gewählt wurden: Peter Klein, Devoilmächtiger, Peter Kunk, dessen Stellvertreter, Friedrich Ruhl, Kassier, Friedrich Hasselbach, dessen Stellvertreter, Philipp Wagner, Schriftführer. Die Wahl der Revisoren fandt wegen schwacher Beteiligung nicht vorgenommen werden und soll dieselbe in der nächsten Mitgliederversammlung, die acht Tage nach Pfingsten stattfinden soll, vorgenommen werden. So wäre denn der Grundstein an der hiesigen Zahlstelle gelegt, und obwohl die Gründer ein großes Stück Indifferenzismus zu bekämpfen haben, steht doch zu hoffen, daß dieselben ihre Wünsche bald getroffen seien.

Bauhandwerker.

Coswig. Am Sonntag, den 22. Mai, tagte hier im Gathof "Zum goldenen Schiff" eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, in welcher Kolleg A. Bauer aus Hannover als Referent erschienen war und in zweistündiger Rede einen lehrreichen Vortrag hielt über "Die wirtschaftliche Notlage im Baugewerbe und wie sie Abhilfe zu schaffen?". In der Diskussion erhielt Kolleg Wilhelm Sager aus Magdeburg das Wort, welches sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, jedoch ein Gegner der Zentralverbände sei. Referent ermahnte hierauf den Kollegen, von seiner Halbschicht abzulassen und für den Zentralverband einzutreten, da auch in seiner Vaterstadt schon ein anderer Wind zu wehen anfange. Es gelangte nun noch folgende Resolution zur Annahme: "Die heute am 22. Mai tagende öffentliche Bauhandwerkerversammlung erklart sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, den Wohnungsbau der Maurer Deutschlands sowie für die allgemeine Arbeitersbewegung energisch einzutreten, nachzuhelfen." Da sich Niemand mehr zum Wort meldete, schloss der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die Versammlung.

Grimmich. Eine öffentliche Versammlung der Bauhandwerker für Grimmich tagte am Sonntag, den 29. Mai Nachmittags 4 Uhr, dafselbst. Da uns auch das letzte bis dahin zu habende Lofat entzogen war, so mussten wir mit einem freien Platz zwischen zwei Scheunen unter freiem Himmel vorlieb nehmen. Die Versammlung war zahlreich (wozu sich auch viele landwirtschaftliche Arbeiter eingefunden hatten), besucht und nahm zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Sozialismus und seine Gegner.“ Herr Schägolski aus Berlin das Wort. Derselbe legte den Anwesenden die Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie auseinander, dabei die heutigen Verhältnisse einer starken Kritik unterziehend. Gespannt und mit Aufmerksamkeit folgte man den Ausführungen des Redners. In der Diskussion forderte Herr Genzel die anwesenden Gegner auf, sich zum Wort zu melden, was jedoch nicht geschah, da dieselben schon des Deterfieren von den Sozialdemokraten gründlich abgeführt worden waren. Zum dritten Punkt besprach der Referent das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Bedeutung“, innerer der den Anwesenden klarlegte, daß es unbedingt notwendig sei, sich auch auf gewerkschaftlichen Gebiete zu organisieren. Nur durch einen festen Zusammenschluß aller Kräfte sei man im Stande, dem heutigen Ausbeuterthum ein halt zuzurufen und könne eine wirtschaftliche Besserstellung erzielt werden. Hierauf gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und versprachen, sowohl in politischer wie in gewerkschaftlicher Hinsicht sich zu organisieren und dadurch der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie ging

man auseinander.
Freiberg i. S. Hier tagte am 18. Mai eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, in welcher Karl Lenz aus Großenhain referierte über: "Die Centralisation und die Volksverbände." Derselbe leuchtete in 1½ stündigen Vorlage den Nutzen der Centralisation gegenüber den Fach- oder Volksvereinen. Zu zweitem Punkt übergehend, wurde die Wahl eines Frauensmannes, welcher die nötigen Schritte vornehme soll, um am biesigen Orte Mitglieder für den Centralverband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen zu gewinnen, beschlossen. Vorgesetzter wurde Kollege Neubauer, welcher auch einstimmig auf ein Jahr gewählt wurde. Es meldeten sich auf diesem Amt zehn Mann zum Beiritt. Nachdem von einigen Missstände in der städtischen Bauverwaltung von mehreren Kollegen gegeißelt worden, schloß der Va-

Nürnberg. In einer kirchlich stattgefundenen öffentlichen Baugewerbeverfammlung standen folgende Punkte der Tagesordnung zur Beratung: 1. Arbeitsvereinigungen- und Unternehmerverbände. 2. Die hiesigen Lohnverhältnisse der Arbeiter. Der Einberufung Erhardt, eröffnete die Verfammlung mit Begrüßung der Erwähnenden, wobei er seinem Redauer Ausdruck gäbe über den schwachen Besuch; Urthele desselben sei in erster Linie die im Bedengarten stattfindende Verfammlung und dann ein Irrthum in der Bekanntgabe des Tages der Verfammlung. Als Vorsteher wurde Erhardt als Schriftführer. Müller gewählt. Der Vorsteher bemerkte zu Punkt 1, dessen Abstzung von der Tagesordnung er vorschlug, daß der Lohn, welcher sich sonst auf 40—50 % pro Stunde belief, jetzt höchstens 35 in einzelnen Fällen gar nur 30 % betrage; das sei die Folgen der Unternehmerverbände und der schlech-

die Folgen der Unternehmungen und der jähre
Bereitung der Bauaufwerter. Zimmermeister W
der glaubt, daß die Meister nicht mehr zahlen können
der Fehler liege oben; das Vergeben der Staatsbau
in Submission verberge alles; so lange diesen Zustand
ein Ende gemacht werde, sei jede Versöhnung, bes
Verhältnisse herbeiführen; fruchtlos. Herr H e b d x

entgegnete, er wisse aus Erfahrung, daß der Geselle mit M. 4 verrechnet worden sei, während er nur M. 2.90 erhalten habe; der Unternehmer klage, daß er den Tag mit M. 40 nicht aufkomme, der Arbeiter müsse es mit drei und noch weniger; Heraabdrückung der Löhne sei die Parole der Unternehmerverbände; daß es so sei, davon trage die schlafe Organisation der Arbeiter die Schuld. Ein anderer Redner äußerte die Ansicht, daß eine Arbeitervereinigung auch nicht im Stande sei, dem Kapital die Stirne zu bieten; es fehle die politische Ausklärung. Die Protestantler aller Länder müßten sich einig sein: der größte Feind der Arbeiter aber sei der Arbeiter selbst. Das beweise die Lohnbrüderei durch fremde Arbeiter; nicht der einzelne Unternehmer trage die Schuld, sondern das ganze System. Darum müsse man fortwährend den Arbeitern dienen.

"Herbei, herbei nicht müßig zugeschaut,
Der Bau der Kunst wird gebaut!"

Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausschüttungen. Zu Punkt 2 ergriff Herr Erhard das Wort. Die Löhne betragen, so führte er aus, 30 bis 36 Pf pro Stunde; seit acht Wochen werde gearbeitet, 20-Wochen im Jahre müßt man feiern. "Geht, wohin Ihr wollt!" ist die Antwort auf jede Klage; geht der Eine, lachen die Anderen; der Fall am Königsthor zeige deutlich, wie weit es sei; Gelehrte wäre das Unglück nicht passirt. In ähnlicher Weise, wie die vorhergehenden Redner, sprachen sich noch die Herren Müller, Hagen und Höch aus. Der Letztere meinte, das Predigen von den Kirchen nähe nichts mehr, man müsse zu anderen Waffen greifen. Herr Erhard dagegen betonte, daß man für die Stärkung der Organisation Sorge tragen müsse. 10 Pf Wochenbeitrag könne jeder leisten. Der "Grundstein" und die Fachblätter überhaupt müssen immer weiter verbreitet werden. Der Centralverband der Maurer Deutschlands biete seinen Mitgliedern für den geringen Beitrag außer dem Rechtschutz so wesentliche Vortheile, daß sich alle Zugehörigen Mann für Mann denselben anschließen sollten, nach dem alten bewährten Grundsatz: Einer für Alle und Alle für Einen! Hierauf erklärte der Vorsitzende die Versammlung, welche sich diesen Ausschüttungen anschloß, für geschlossen.

Krankenkassen-Verträge.

Berlin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer &c. Deutschlands, örtliche Verwaltungsstelle Berlin, fand am Sonntag, den 27. Mai, statt. zunächst nahm die Versammlung den Bericht der Revisoren über die Nachrevision des Markenbestandes entgegen. Nach demselben waren in der 1. Kasse 29 mehr, in der 2. Kasse 75 weniger, in der 3. Kasse 18 weniger und von den Marken der Extraeuer 9 mehr vorhanden, jedoch wurde bemerkt, daß diese Zahlen mit den Angaben des Vorstandes nicht übereinstimmen. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit auf der nächsten Generalversammlung zwischen dem Hauptkassirer und der örtlichen Verwaltungsstelle Berlin zu regeln. Alsdann handte eine Diskussion über den vom Vorstand vorgelegten Entwurf eines Statuts statt. Die allseitige Meinung ging dahin, daß die Mitglieder auf die Dauer den an sie gestellten Anforderungen, welche das neue Gesetz bedingt, nicht würden genügen können. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Verhandlung einzuberufen, welche sich mit dieser Angelegenheit befasse. Hierauf erfolgte die Wahl von 9 Delegierten zu der vom 4. bis 9. Juli in Berlin tagenden Generalversammlung. Es wurden gewählt: J. Dietrich, F. Willms, H. Klingenberg, F. Berg, W. Müller, H. Silbermann, C. Blaurock, F. Wille, W. Röll und C. Behrend. Die Delegierten wurden verpflichtet, den Entwurf des Statuts bis zur nächsten Versammlung durchzuarbeiten und event. Anträge zu stellen.

Mariendorf. Die Central-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser und Stuckateure Deutschlands, örtliche Verwaltungsstelle Mariendorf, hielt am Sonntag, den 22. Mai, im Lokal des Herrn Höglert eine Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Wahl des Delegierten zu der vom 4. bis 9. Juli in Berlin tagenden ordentlichen Generalversammlung. Gewählt wurden die Kollegen Gustav Beyer, Charlottenburg, Leibnizstraße 7; Karl Wille, Charlottenburg, Krummestraße 85; Friedrich Schulz, Mariendorf, Bergstraße 138.

Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Agitation.

Die Leitung der Maurerorganisation veranstaltete von Anfang Juni bis Ende Juli eine Agitationstour in Ost- und Westpreußen. Mit Ausführung derselben ist Herr Edstelin Grodau beauftragt. Derselbe soll in folgenden Orten Versammlungen abhalten: Güben, Bözen, Laiowitz-Ostrau, Nowowrażan, Thorn, Bromberg, Nadel, Graudenz, Osterode, Allenstein, Bartensleben, Insterburg, Gumbinnen, Tilsit, Neapel, Lubau, Königsberg, Ebing, Marienburg, Danzig, Pr. Stargard, Konitz und Landsberg a. d. R. Neben den Versammlungen der Maurer werden in allen größeren Orten auch allgemeine Gewerkschaftsversammlungen abgehalten werden. Mit der Einberufung der letzteren sind vielfach die Bevölkerungsgruppen der am Orte befindlichen Bahnhöfe einer anderen Berufsorganisation beauftragt worden. Wir wenden uns hierdurch an dieselben mit der Bitte, dem an sie gestellten Erfüllungen nachkommen zu wollen. Da das "Correspondenblatt" allen Verwaltungsbürokraten der Heimatvereine zugesellt wird, so dürfen die Genossen in den genannten Orten noch vor Eintreffen des Agitators diese Nachricht erhalten und für guten Verlauf der Versammlungen sorgen können.

Die Generalkommission.

Situationsbericht.

Ein Ausstand der Tabakarbeiter in Mülhausen i. Th., an dem 20 Personen (4 männliche

und 16 weibliche) beteiligt waren und der dadurch hervorgerufen wurde, daß der Fabrikant den Arbeitern eine deren Wünsche nicht entsprechende Fabrikordnung aufdrängen wollte, ist zu Gunsten der Arbeiter ausgestanden.

Der Ausstand der Weber in Brixdorf dauert fort. Es stehen noch 160 männliche und 40 weibliche Arbeiter im Kampfe. Die fortgesetzten Lohnabrechnungen trieben diese Arbeiter, deren Verdienst und Lebenshaltung nach keiner Richtung hin den Anforderungen, die an ein nur annehmend menschenwürdiges Dasein zu stellen sind, entspricht. Der Ausstand dauert nunmehr schon vier Wochen und ist noch kein Streikbrecher zu verzwecken, ein Beweis dafür, daß es unmöglich ist, zu den von den Unternehmern gebotenen Preisen arbeiten zu können. Die Arbeitgeber scheuen es nicht, mit roher Gewalt den Streikenden gegenüber zu treten, und läßt ein solches Vorgehen annehmen, daß sie der Arbeitsträte drohend bedrücken. Trotz der geringen Unterstützung, welche die Streikenden erhalten, überzeugt die östwährendliche Ausschüttung die Kräfte des Textilarbeiterverbandes, und sind die Ausstehenden genötigt, die Hilfe der deutschen Arbeiterschaft in Ansprud zu nehmen. Besonders wenden sie sich an die hamburgischen Arbeiter. Von diesen ist bis dato noch keine Unterstützung eingelaufen. Es wäre wünschenswerth, daß auch bei diesem Ausstand das bewährte Solidaritätsgefühl der Hamburger gezeigt würde.

Adresse in Brixdorf: C. Kellner, Biehlerstraße 66, Hof, bei Romad.

Die Leipziger Buchdrucker wenden sich in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft mit dem Erwußt, diese möge dazu beitragen, daß die Opfer des Buchdruckerstreits, die in Leipzig besonders zahlreich sind, nicht vollständig der Willkür der Unternehmer preisgegeben werden. Das rücksichtlose Vorgehen derselben während des Ausstandes zeigt zur Genüge, daß sie sich nicht begnügen, den Sieg in diesem Kampfe davon getragen zu haben, sondern daß sie es auch nicht verschmähen werden, den bestrengten unbarmherzigen Arbeitern die ganze Macht füllen zu lassen. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, sucht sich das Unternehmertum die dechiralen Arbeiter aus, um seinen Hass zu befriedigen. So liegen denn auch hier hunderte von Familienvätern auf der Straße. Die Opfer, welche wir für diese Gemahngestalten bringen, werden nur dazu dienen, die Buchdrucker fester an die Arbeiterbewegung zu setzen.

Adresse: C. Schäffer, Leipzig-Neudnit, Josephinenstraße 10, Hof II, zu senden.

Ans Neustadt a. d. Haardt.

Zum Kapitel „der freie Arbeitsvertrag“

Hier besteht ein Zweigeschäft, der in Berlin domiciliert Aktiengesellschaft für Monterbauet, vorm. G. A. Waist & Co. Wer dabei Arbeit erhalten will, muß einen sogenannten "Vertrag" unterschreiben, in welchem folgende Bestimmungen vorommen:

1. Die Arbeitgeberin engagiert den Bogenannten als Taglöchner von heute an bis 1. November 1892 und wird als Lohn der Betrag von M. 17, in Wörtern Siebenzig Mark, für die Arbeitswoche festgelegt.

2. Der Arbeiter verpflichtet sich bei Eingehen dieses Vertrages der Arbeitgeberin gegenüber, auf derer Verlangen auch in der Zeit vom 1. November 1892 bis auf Weiteres zu arbeiten.

3. Die Arbeitszeit wird im Allgemeinen auf elf Stunden pro Tag festgesetzt und zwar von Morgens 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, abgängig zwei Stunden Pause für Frühstück, Mittag und Brotzeit. Überhunden werden besonders bezahlt zum festgelegten Lohn.

4. Treten in der Zeit vom Eintritt bis 1. November, oder überhaupt während der gesammten Arbeitszeit Umstände ein, welche die Arbeit erschweren oder unmöglich machen, sei dies durch Witterungsänderungen, d. h. Kälte, Regenwetter, Unfälle oder dergl. mehr, so erhält der Arbeiter nur diejenige Zeit bezahlt, die er tatsächlich an den betreffenden Tagen gearbeitet hat.

5. Der Arbeiter verpflichtet sich, während der Dauer der Vertragszeit seine Stelle nicht zu verlassen, auch kein anderes Engagement einzugehen, ferne die ihm übertragenen Arbeiten plinklich und gemessenhaft auszuführen, überhaupt in allen Beziehungen das Interesse der Arbeitgeberin zu wahren. Der Arbeiter verpflichtet sich auch ferne, den Anordnungen der Arbeitgeberin sowie der von ihr bezeichneten Vorgesetzten unbedingt Folge zu leisten.

6. Dem Arbeiter werden wöchentlich vom Lohn Mark zwei abgezogen, bis die Summe von Mark dreißig erreicht ist.

7. An diesem Vertrage werden die durch leichtfertiges Verhüten des Arbeiters der Arbeitgeberin entstandenen Schäden in Abzug gebracht und für den Fall dieser Vertrag nicht reichen sollte, wird das Fehlende in wöchentlichen Raten am Lohn abgezogen.

8. Sollte der Arbeiter vor Ablauf der Vertragsdauer seinen Dienst verlassen oder aber Ungehörigkeiten begehen, die seine Entlassung notwendig machen, so werden demselben die eingehaltenen Beiträge bis zur vorerwähnten Höhe von Mark dreißig nicht zurückgezahlt, sondern versallen zu Gunsten der Arbeitgeberin, welche dieselben der bestehenden Krankenkasse überweist.

9. Der Arbeiter verpflichtet sich zu erfordern, wenn er vor Ablauf der Vertragsdauer den Dienst verläßt, an die Arbeitgeberin ohne jede Einrede eine Konventionalstrafe von Mark einhundert zu bezahlen.

10. Bei Ausbruch eines Krieges verliert dieser Vertrag seine Gültigkeit.

Das nennt man im Deutschen Reich, dem Lande der "musterplützlichen" Sozialreform, freien Arbeitsvertrag! Die Arbeiter sind gebunden, so stark als es nur immer möglich ist; die Firma aber entläßt ihre Arbeiter, wenn es ihr beliebt. Das Ungehörtliche ist, daß der Arbeiter verpflichtet wird, bis 1. November 1892 bei der Firma zu arbeiten. Dann aber heißt es: er ist auf Verlangen der Firma verpflichtet, auch noch bis auf Weiteres zu arbeiten, d. h. so lange, wie es der Firma gefällt. Und sagt sich der Arbeiter diesem Verlangen nicht, so hat er der Firma "ohne jede Einrede" 100 Mark Konventionalstrafe zu zahlen, vorausgelegt, daß er dumm genug ist dazu. Dieser "Vertrag" ist gesetzlich unzulässig. Wenn schon es möglich ist, Arbeiter für eine bestimmte Zeit zu binden, so geht es doch nicht an, zu bestimmen, daß nach dem einzelnen Willen des Unternehmers der Arbeiter verpflichtet ist, noch weiter zu arbeiten, über die vertragte Zeit hinaus.

Besteicht sieht sich der zuständige Fabrik-Inspektor den sogenannten "Arbeitsvertrag" mal etwas näher an.

Eingeckt.

Aufruf.

Der Kampf der Arbeiter im Buchdruckergewerbe um den Neunstundentag hat bekanntlich offiziell seine Bedeutung gefunden, insgeheim nutzt er jedoch weiter. Nichts wird seitens des Prinzipalhums unverhüten gelassen, die Arbeiter für alle Seiten niederzuwerfen und ihre Organisation zu zertrümmern. Das Koalitionstreit wird dadurch vernichtet, indem Arbeiter, welche der Organisation angehören, keine Arbeit bekommen, und solche, welche nicht aus der Organisation austreten,

werden entlassen. Auf diese Weise wachsen die Opfer des Buchdruckerstreits von Woche zu Woche immer mehr. Hierzu kommt noch, daß speziell in Leipzig die Führerchaft des deutschen Buchdruckerunternehmens sich befindet, welche seine Mittel braucht, die hiesigen Buchdruckerarbeiter vollständig zu Sklaven ihrer Willkür laufen zu machen. Nicht genug damit, daß die Herren Hunderte von Gehilfen brodeln machen, werden auch alle diejenigen Gehilfen sofort entlassen, welche ihre nothleidenden Kollegen unterstützen wollen. Das durch den letzten Streit genauso bekannte Leipziger Prinzipalhum hofft auf diese Weise die Herren spielen zu können, daß sie, wenn die Herren treiben es hier so arg, daß sie, wenn ein Arbeiter es wagt, mit einer ihrer nicht genommen Personen auf der Straße zu gehen oder zu sprechen, bestressenden Arbeiter zu entlassen. Wie haben schon oben angeführt, daß Hunderte von Ausgepersten noch zu erhalten sind, und diese Zahl wird immer größer. Fast alle sind Familienräuber mit zum Theil recht starke Familie; um nun diesen Opfern in etwas unter die Arme greifen zu können, möchten wir die Genossen allerwärts ersuchen, wenn irgend möglich, ihr Scherzen mit beizutragen, damit den Opfern blinder Hass wenigstens für die nächste Zukunft Unterstützung zu Theil werden kann. Versicher, können wir heute schon, daß wir es für eine Ehrenpflicht halten, das, was jetzt an uns geschieht wird, wieder zu vergessen.

Gent. Gelder bitte an den unterzeichneten Vorstand, Leipzig-Neudnit, Josephinenstraße 10, Hof II, zu senden.

Kommission
für Tarifangelegenheiten Leipzig.
Emil Schäffer, 1. Vorstand.

